

B. Berichte

B.2. Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes an die 2. Tagung des 14. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen

Einreicher*in: Landesvorstand

1 Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes

0. Vorbemerkung

Der amtierende Landesvorstand wurde auf dem 12. Landesparteitag am 12./13. September 2015 gewählt. Er nahm seine Arbeit entsprechend in einer Zeit auf, in der unmittelbar keine Wahlen stattfanden. Sein Arbeitsschwerpunkt bildete entsprechend die Vorbereitung der Bundestagswahl 2017 in einem gerade in Sachsen schwierigen politischen Umfeld vor dem Hintergrund des erstarkenden Rechtspopulismus und der zugespitzten politischen Auseinandersetzung.

1. Arbeitsweise und Selbstverständnis

Es ist gute Tradition im Landesvorstand geworden, zu versuchen, durch ein Mehr an Miteinander und Verzahnung der Arbeitsebenen die vorhandenen Kräfte besser zu nutzen und insgesamt mehr Schlagkraft zu entwickeln. Auch dieser Landesvorstand hat sich darum bemüht, genau diese gemeinsame Arbeitsweise fortzusetzen. Der Landesvorstand bemühte sich dabei – insbesondere im heraufziehenden Bundestagswahlkampf –, Kreisverbände bereits in Planungen und Entscheidungen mit einzubeziehen. Auch die einzelnen Mitglieder und ihre Positionen sollten verstärkt in den Willensbildungsprozess der Landespartei eingebunden werden, was bspw. durch gemeinschaftliche Arbeitsformen und basisorientierte Veranstaltungsformate bei der Erarbeitung des Programms für die Bundestagswahl 2017 umgesetzt wurde.

Gerade diese Orientierung auf den innerparteilichen Austausch und die gemeinsame Willensbildung ist und bleibt eine der Stärken des sächsischen Landesverbandes. Der Anspruch des Landesvorstandes, auch Mitglieder, die keinen Gremien angehören mit in die Willensbildung einzubeziehen und aus Diskussion auf Konferenzen Änderungsanträge zu erarbeiten, ist ein erster Schritt, um Beteiligung auszubauen.

Weiterhin verstand sich der Landesvorstand keineswegs als nur beschlussfassendes Gremium, sondern war auch stets Ort des wechselseitigen Austausches, offener Diskussion und von Meinungsbildungsprozessen. Im Sinne einer breiteren Beteiligung der Mitgliedschaft hat er deshalb auch bewusst die Rolle als „stellvertretende“ Einreicher*in für Initiativen auf Bundesebene übernommen, wo Mitglieder und Strukturen selbst nicht antragsberechtigt gewesen wären. Eine Bilanz zum Agieren des Landesverbandes auf dem Bundesparteitag, der das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 beschlossen hat, liegt vor.

Natürlich ändern die ergriffenen Maßnahmen zur Öffnung nichts am satzungsgemäßen Selbstverständnis des Landesvorstands als Entscheidungs- und Führungsgremium. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung unter Beachtung der steigenden Anzahl an neuen Mitgliedern und deren Ansprüche hieß für den Landesvorstand auch, Entscheidungsprozesse in längere Beteiligungsprozesse einzubinden und auf breiter Basis zu ermöglichen. Auch deshalb wurde das Modell des Wahlplenums aus der vorangegangenen Wahlperiode auch im Bundestagswahlkampf fortgeführt und weiterentwickelt. Auswertungen zu diesen Prozessen sowie eine Studie zur Neumitgliederbefragung liegen ebenfalls vor. Zweitens bildete die Grundlage für die Entscheidung, mehr Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.

2. Durchgeführte Beratungen

Seit seiner Wahl hat der Landesvorstand bis einschließlich Ende September insgesamt 26 Mal getagt, zwei weitere Termine sind zur Vorbereitung des Landesparteitages geplant, so dass der Landesvorstand in dieser

38 Legislaturperiode insgesamt 28 Mal zusammentrat. Drei Beratungen fanden als zwei-, bzw. dreitägige Klausuren
39 statt. Jeweils zwei Beratungen fanden gemeinsam mit dem Landesrat bzw. der Landtagsfraktion statt.

40 Der Landesvorstand war auch in dieser Legislaturperiode bei jeder Beratung beschlussfähig. Die Größe des
41 Landesvorstandes mit 22 Mitgliedern hat sich damit einmal mehr als praktikabel erwiesen. Die Anwesenheit der
42 einzelnen Mitglieder zu den Beratungen des Landesvorstandes fiel unterschiedlich aus. Während einige
43 Mitglieder an jeder Beratung des Landesvorstandes teilnahmen oder zumindest eine hohe Quote der
44 Anwesenheit hatten, haben sich andere Mitglieder häufiger für die Beratungen entschuldigt. Auch wenn dies
45 aus triftigem Grunde passierte - nehmen doch zahlreiche Mitglieder politische Aufgaben auch außerhalb des
46 Vorstandes wahr, z.B. in Bündnissen, in Ämtern, Fraktionen, in der Bundespartei oder im
47 außerparlamentarischen Bereich - so ist im Hinblick auf die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des
48 Landesvorstands eine höhere Anwesenheitsquote erstrebenswert.

49 Allerdings zählt für eine gute und ideenreiche Vorstandsarbeit nicht allein, wie oft Mitglieder des Vorstandes zu
50 Sitzungen kommen. Bloße Anwesenheit führt nicht zu politischer Arbeit. Insbesondere die Mitglieder, die
51 Prozesse und Diskussionen im Landesverband strukturiert begleitet haben und die inhaltliche Impulse in
52 Vorstandssetzungen gesetzt haben, gestalten die Vorstandsarbeit im Sinne einer linken Partei aus. Ein
53 Verständnis von Vorstandsarbeit, das darauf basiert, als Vorstandsmitglied lediglich zu Beratungen zu kommen,
54 ist ein Modell der Vergangenheit.

55 Der Geschäftsführende Landesvorstand hat insgesamt 34 Mal getagt, davon drei als Telefonkonferenz
56 abgehalten.

57 Von diesen Sitzungen des Geschäftsführenden Landesvorstandes fanden

58 - 2 mit den Vorsitzenden der Örtlichen Verbände

59 - 2 mit den VertreterInnen der Landesweiten Zusammenschlüsse

60 - 1 mit dem Beauftragtenrat der linksjugend [´solid] Sachsen

61 statt.

62 Mit Beginn des Wahljahres 2017 wurden auch die bewährten Beratungen des Wahlplenums wieder
63 aufgenommen. Insgesamt sieben Mal tagte das Wahlplenum der LINKEN Sachsen in Dresden, drei weitere
64 Beratungen wurden als Telefonkonferenzen durchgeführt. Aus den meisten Kreisverbänden nahmen hier die die
65 KreisgeschäftsführerInnen sowie die Wahlkampfverantwortlichen teil. Die Kritik des Landesrates der
66 mangelnden Einbeziehung in die Wahlkampf vorbereitungen aus den Jahren 2013 und 2014 wurde dahingehend
67 aufgegriffen, als dass der Landesrat zum Wahlplenum zwei ständige Mitglieder entsenden sollte.

68 Weiterhin gab es insgesamt zwei Beratungen von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und
69 Fraktionsvorstand im Februar und Dezember 2016 zur Beratung und dem Beschluss der Finanzplanung für die
70 Jahre 2016 und 2017.

71 Eine weitere Beratung des Landesvorstandes fand gemeinsam mit dem Landesrat statt. Die aller zwei Jahre
72 stattfindende LandesseniorenInnenkonferenz wurde im September 2016 durchgeführt. Der Jugendverband führte
73 in dieser Legislaturperiode insgesamt fünf Landesjugendplena durch, von denen drei mit dem Landesjugendtag
74 der sächsischen LINKEN kombiniert waren.

75 Alle in den beschlossenen Arbeitsplänen enthaltenen Punkte wurden abgearbeitet.

76 Der Landesvorsitzende, die Landesgeschäftsführerin und der Landesschatzmeister haben an den Beratungen
77 auf Bundesebene teilgenommen. Die Landesgeschäftsführerin/Landeswahlkampfleiterin und der
78 Wahlkampfmanager haben regelmäßig ihre Teilnahme an den Beratungen des Bundeswahlbüros ermöglicht.
79 Ebenso hat die Landesgeschäftsführerin regelmäßig an den Beratungen des Kampagnenrates teilgenommen.

80 Wenn es gewünscht wurde, haben der Landesvorsitzende, die Landesgeschäftsführerin, der
81 Landesschatzmeister und die stellvertretenden Landesvorsitzenden an Beratungen der Kreisvorstände oder an
82 Beratungen Landesweiter Zusammenschlüsse teilgenommen. Weiterhin haben die genannten, aber auch viele
83 Vorstandsmitglieder Termine in Örtlichen Verbänden und Basisorganisationen wahrgenommen, um sich
84 Debatten zu stellen oder Papiere des Vorstandes zu diskutieren.

85 **3. Arbeit des Landesvorstandes**

86 Die Arbeit des Landesvorstandes gliederte sich im Wesentlichen in drei Aspekte: Die politisch-inhaltliche Arbeit
87 im Freistaat Sachsen und als Akteur*in auf Bundesebene, die Gestaltung parteilicher Prozesse, sowie die
88 Vorbereitung der Bundestagswahlen. Lag im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode der Fokus verstärkt auf
89 den ersten beiden Aspekten, so musste er sich mit herannahendem Wahltermin im zweiten Jahr klar auf den
90 dritten Aspekt verschieben.

91 *Politisch-inhaltliche Arbeit*

92 Der Freistaat Sachsen steht, das haben nicht erst die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2017 gezeigt, im
93 Angesicht der größten politischen Umbrüche seit seiner Wiederbegründung. Was sich in Dresden vor drei Jahren
94 mit der PEGIDA-Bewegung formierte – ein im Kern stets rassistisches Projekt – hat zu einer unmittelbaren
95 Diskursverschiebung nicht nur im Freistaat, sondern bundesweit beigetragen. Alle anderen politisch handelnden
96 Akteure sind in den vergangenen drei Jahren nach rechts gerückt.

97 DIE LINKE, und hier insbesondere DIE LINKE in Sachsen, stand angesichts dieser Entwicklung vor schwierigen
98 Entscheidungen. Teile unseres Klientels zeigte sich offen für die Parolen der Rechtspopulist*innen, seit dem
99 Herbst 2015 war die Asylfrage die alles beherrschende politische Thematik in der Politik. DIE LINKE. Sachsen,
100 Landesvorstand wie Gliederungen der Partei gleichermaßen, hat sich in dieser Zeit intensiv mit diesen
101 Entwicklungen auseinandergesetzt. Gemeinsam sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass die Aufgabe
102 unserer Positionen in den entscheidenden Fragen der Mitmenschlichkeit für uns nicht in Frage kommt. Ein
103 solcher Kurswechsel hätte nicht nur gegen die Grundsatzprogrammatik unserer Partei verstoßen. Neben der
104 Frage, wie glaubwürdig ein solcher Richtungswechsel bei jenen gewesen wäre, die wir durch klare Haltung der
105 Vergangenheit bereits verloren hatten, stand das Bewusstsein, dass wir mit einem solchen Kurswechsel auch
106 gerade jene von uns stoßen würden, die uns wegen unserer Haltung unterstützen. Der Landesvorstand hat
107 deshalb eine Mitmenschlichkeitskampagne initiiert, die dem „Wir gegen die“ ein „Gemeinsam gegen soziale
108 Ungerechtigkeit“ entgegensetzen sollte. Den Gliederungen wurden hierfür Argumentationsmaterial, Plakate und
109 Flyer zur Verfügung gestellt.

110 Vor dem Hintergrund der notwendigen Positionierung hat der Landesvorstand auch den Beschluss des
111 Leitantrages „Partei ergreifen!“ des 13. Landesparteitages vorangetrieben, in dem der Landesverband in dieser
112 angespannten politischen Situation Andockpunkte für Menschen aus der Zivilgesellschaft zum Engagement
113 definierte.

114 *Parteiliche Prozesse*

115 In Folge des Landesparteitages in Neukieritzsch war es Aufgabe des Landesvorstandes, die Struktur- und
116 Satzungsdebatte der Landespartei weiter aufzugreifen und zu strukturieren, um die Ergebnisse dem
117 kommenden Landesparteitag erneut vorlegen zu können. Dazu hat der Landesvorstand Mitglieder zur
118 Satzungsarbeit beauftragt. Die in der Folge des Kompromisses von Neukieritzsch eingesetzte Arbeitsgruppe
119 Satzung gleichwohl hat zwar zunächst ihre Arbeit aufgenommen, leider hatte sich der auf dem Neukieritzscher
120 Parteitag angezeigte Redebedarf von Vertreter*innen der Gliederungen über die Satzungsänderungen schnell
121 erschöpft. Die Erarbeitung, Fortführung und Beschlussvorbereitung der Satzungsdebatte blieb so
122 bedauerlicherweise an einzelnen beauftragten Akteur*innen des Landesvorstandes hängen. Dass die 2. Tagung
123 des 14. Landesparteitages nunmehr über die Satzungsänderungen befinden kann, ist ihr Verdienst und der
124 Landesvorstand möchte sich auch auf diesem Wege noch einmal herzlich für die geleistete Arbeit bedanken.

125 Mit der zugespitzten politischen Debatte im Freistaat stieg auch die Attraktivität der Partei als Ort politischen
 126 Wirkens bei Menschen, die bisher nicht Mitglied unserer Partei werden wollten. Seit Ende 2014 konnte der
 127 Landesverband eine sich kontinuierlich erhöhende Zahl ein Neueintritten verzeichnen. Der Landesvorstand hat
 128 deshalb als eine der ersten Maßnahmen die verstärkte Mitgliederwerbung in den Fokus gerückt. Ab 2016 haben
 129 wir unsere Ansprache insbesondere an Menschen, die dem Lager der Solidarität zuzuordnen waren, erhöht. In
 130 den vergangenen drei Jahren konnten wir rund 1.000 neue Mitglieder in unseren Reihen begrüßen. Dies stellt
 131 für die Mitgliederarbeit der Partei eine besondere Herausforderung dar. Auch darauf hat der Landesvorstand
 132 reagiert. Durch Umplanung der Finanzen ist es so gelungen, zusätzliche personelle Ressourcen für die zentrale
 133 Unterstützung in der Mitgliederarbeit bereitzustellen. Auch eine zentrale Unterstützung der Neumitgliederarbeit
 134 wurde etabliert. Seit 2016 führt der Landesverband darüber hinaus den zentralen „Tag der (Neu-) Mitglieder“
 135 durch, um neuen wie auch langjährigen Mitgliedern den Weg in die Partei und ihrer Strukturen zu ebnet und
 136 Vernetzung zu ermöglichen.

137 *Bundestagswahlkampf*

138 Die Vorbereitung der Bundestagswahlen 2017 in Sachsen war bestimmende Aufgabe mindestens in der zweiten
 139 Hälfte der Legislaturperiode. So forcierte der Landesvorstand eine breite Beteiligung der Mitgliedschaft an der
 140 Programmdebatte, was seinen Höhepunkt in thematischen Regionalkonferenzen fand, deren Ergebnisse der
 141 Landesvorstand unmittelbar dem Bundesparteitag zur Entscheidung vorgelegt hat. Impulse wie der Antrag zur
 142 Republik Europa, einem stärkeren Fokus auf die Kindergrundsicherung, einer Stärkung des
 143 Ostdeutschlandprofils im Programm oder dem Einsatz für die Interessen von Soloselbstständigen entsprangen
 144 unmittelbar diesen Veranstaltungen. Zur eigenen Akzentuierung des Bundestagswahlkampfes hat der
 145 Landesvorstand darüber hinaus wohnungspolitische, ostdeutschlandpolitische, sowie sozial- und
 146 arbeitsmarktpolitische Konzepte beauftragt, beraten und verabschiedet, welche in die Kommunikation des
 147 Landesverbandes im Bundestagswahlkampf eingeflossen sind.

148 Der Landesvorstand sah sich in der organisatorischen Umsetzung der Bundestagswahlen im Freistaat der
 149 Wahlstrategie der Bundesebene verpflichtet. Die Sicherstellung einer funktionierenden Wahlkampfstruktur
 150 inklusive einer neuen, eigenen Logistikstruktur, die landesweite Präsenz der Partei und die Unterstützung der
 151 Gliederungen durch zentrale Serviceangebote – ob bei Touren, bei Materialerstellung und –verteilung, etc. –
 152 waren dabei maßgeblich. Es ist in diesem Wahlkampf gelungen, insgesamt landesweit einheitlich im Sinne der
 153 Strategie der Bundespartei aufzutreten.

154 Darüber hinaus setzte der Landesvorstand auf eine Unterstützung des Wissenstransfers innerhalb der Partei zur
 155 erfolgreichen Wahlkampfführung. So führte der Landesverband sowohl regionale als auch dezentrale
 156 Wahlkampfworkshops für Mitglieder und Aktive durch und produzierte eine Vielzahl von Hilfsmitteln,
 157 Anleitungen und Argumentationshilfen für die Wahlkämpfer*innen vor Ort.

158 Gleichwohl bedarf es einer Evaluation, ob und wie unsere Wahlkampfstrukturen, die wir im
 159 Bundestagswahlkampf erprobt haben, in künftigen eigenen Wahlkämpfen wie der Landtagswahl 2019 tragfähig
 160 sein können.

161 *Beschlüsse*

162 Neben diesen drei Schwerpunkten hat der Landesvorstand folgende Beschlüsse gefasst (auszugsweise):

| Lfd. Nr. | Thema |
|----------|--|
| 5-015 | Aleksa 2.0 |
| 5-021 | Ideenskizze für ein linkes „Einwanderungsgesetz“ |
| 5 - 061 | Bilanz 1 Jahr Pegida & Unterstützung Strategiekonferenz Dresden Nazifrei |
| 5-066 | Unterstützung KonsumentInnenstreik |
| 5 - 078 | Asyl ist ein Grundrecht |
| 5 - 083 | Erklärung 13. Februar 2016 und 5. März 2016 |

| | |
|-------------|---|
| 5 - 097 | Flüchtlingsaufnahmegesetz für Sachsen |
| 5 - 115 | Solidarität mit den Beschäftigten bei Bombardier Transportation |
| 5 - 124 | Konferenz "Was zu tun ist?" (Arbeitstitel) |
| 5 - 137 | Bündnis "Druck! machen" beitreten |
| 5 - 140 | Erklärung zum 100. Katholikentag |
| 5 - 142 | Teilhabekonzept der LINKEN Sachsen |
| 5 - 146 | Zivilgesellschaftliche Kräfte in Sachsen stärken! Jetzt! Überall im Land! |
| 5 - 160 | Umgang mit dem Antrag "Unterstützung der Einführung eines optionalen Online-Mitgliederentscheids" |
| 5 - 185 | `National befreite Zone` in Bautzen verhindern! |
| 5 - 206 | Konzept Tag der Mitglieder 2017 |
| 5 - 223 | Erarbeitung politischer Schwerpunktpapiere |
| 5 - 225 | Grundsatzpapier der LAG Asyl & Migration "Für eine offene und menschliche Gesellschaft - Migration und Integration als Chance für alle in Sachsen" |
| 5 - 235 | Unterstützung des Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen |
| 5 - 234 | Ziele der LINKEN Sachsen zu den Bundestagswahlen 2017 |
| 5 - 034 - 1 | Agrarpolitische Positionen der LINKEN Sachsen - Positionspapier für eine multifunktionale, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft in Sachsen |
| 5 - 230 | Vorschläge für die Strukturierung der Zusammenarbeit von Landesvorstand & Landesrat |
| 5 - 237 | CSD in Sachsen |
| 5 - 254 | Entsendung in die Kommission "Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaft, Staat & Gesellschaft" beim PV |
| 5 - 260 | Änderungsantrag Bundestagswahlprogramm 2017 „Für die Republik Europa“ |
| 5-250-1 | Positionspapier Sachsen als ostdeutsches Bundesland |
| 5-249-1 | Positionspapier Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik |
| 5-251-1 | Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen |

163 **4. Veranstaltungen und Aktionen**

164 Der Landesvorstand hat die folgenden Veranstaltungen und Aktionen aktiv unterstützt bzw. koordiniert
165 (auszugsweise):

- 166 • Anti-Braunkohleproteste in Verbindung mit Energiepolitik in Sachsen
- 167 • Frauentag
- 168 • Aktionen anlässlich der Erinnerung an den 13/14. Februar in Dresden
- 169 • Protestaktionen gegen den Naziaufmarsch am 5. März in Chemnitz
- 170 • Protestaktionen gegen *GIDAs in Sachsen
- 171 • Pfingstcamp am Werbellinsee
- 172 • CSDs in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Pirna
- 173 • Tag der Sachsen
- 174 • Unterstützung des Festes der LINKEN
- 175 • Demonstration „Wir haben Agrarindustrie satt“ 2016/2017 in Berlin
- 176 • Aktionstag gegen TTIP am 17. September 2016
- 177 • Umsetzung der bundesweiten Kampagne „Das muss drin sein“
- 178 • Tag der (Neu-)Mitglieder
- 179 • Landtagswahlkämpfe anderer Bundesländer

180 **5. Finanzen des Landesverbandes & Strukturfragen**

181 In Folge der sinkenden Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung nach der Landtagswahl 2014 sah
182 sich der Landesverband mit einem sinkenden finanziellen Spielraum konfrontiert. Die hieraus erfolgende
183 Notwendigkeit der Konsolidierung insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Aktions- und
184 Kampagnenfähigkeit besonders in der anstehenden Wahlauseinandersetzung 2019 wurde weiter
185 vorangetrieben. Maßnahmen zur Ausgabenreduktion wurden bereits in der Vergangenheit ergriffen, da die
186 Potentiale zur Einsparung bspw. im Geschäftsstellenbetrieb ausgereizt waren, hat sich der Landesvorstand
187 deshalb auf die Stabilisierung der Einnahmeseite konzentriert.

188 Frühzeitig hat sich der Landesverband deshalb um eine freiwillige Anpassung der Mitgliedsbeiträge durch die
189 Mitgliedschaft bemüht. Auch freiwillige Erhöhungen der Mandatsträger*innenbeiträge wurden erbeten. Auch die
190 hohe Zahl an Neueintritten hat spürbar dazu beigetragen, die finanzielle Situation des Landesverbandes zu
191 verbessern. Daraus folgte, dass die Einnahmen des Landesverbandes sich trotz insgesamt sinkender
192 Mitgliederzahl in den vergangenen Jahren stabilisieren konnten. Gleichzeitig ist es gelungen, in den Jahren 2016
193 und 2017 – sieht man von den Wahlkampfkosten ab – die laufenden Ausgaben der Landespartei insgesamt
194 weiter zu reduzieren.

195 Eine besondere Schwierigkeit bei der Erstellung der Finanzplanung stellt jedoch weiterhin der teilweise zu
196 pessimistische Planansatz in den Kreisverbänden dar. Der Landesverband ist zwingend auf eine möglichst
197 realistische Einnahmeplanung der Kreisverbände angewiesen, da diese die Grundlage der eigenen Einnahme-
198 und – in der Folge – auch Ausgabenplanung des Landesverbandes darstellt. In der Vergangenheit blieb die
199 Planung der erwartbaren durchschnittlichen Mitgliedsbeiträge wie auch der Mitgliederzahl insgesamt teilweise
200 deutlich hinter den im Jahresabschluss realisierten Ergebnissen zurück. In der Folge klafften Planansatz des
201 Landesverbandes und tatsächliches Jahresergebnis auseinander. Hier wurde mit Rücksprache der
202 Kreisverbände auf eine realistischere Planung gedrungen, da sich der Landesverband finanziell wie auch
203 strategisch-organisatorisch nur innerhalb des eigenen Planansatzes bewegen kann. Ist dieser zu niedrig gesetzt,
204 bleiben finanzielle Spielräume zur politisch-inhaltlichen Arbeit ungenutzt.

205 Weiterhin erscheint die Reduktion der Ausgaben der Partei im Bereich der Personalkosten nicht möglich. Der
206 Landesverband im Vergleich zu anderen Landesverbänden die geringste Personaldichte im Verhältnis zur Anzahl
207 der Mitglieder. Die Landesgeschäftsstelle arbeitet dabei serviceorientiert an den Bedürfnissen der örtlichen
208 Strukturen. Ein Großteil der Arbeit der Landesgeschäftsstelle betrifft daher die Unterstützung der Kreis- und
209 örtlichen Verbände bei ihrer Arbeit. Angesichts der kommenden Herausforderungen und des Eingeständnisses
210 schwindender Ressourcen vor Ort, wird eine der vordringlichen Aufgaben des kommenden Landesvorstandes
211 sein, das Aufgabenprofil der Landesgeschäftsstelle zu überprüfen und dahingehend abzuwandeln, dass weitere
212 Unterstützungsaufgaben – bspw. im Bereich einer zentral unterstützten Mitgliederbetreuung in Zeiten großen
213 Zustroms von Neumitgliedern in unsere Partei – durch die Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle
214 übernommen werden müssen.

215 Die Aufgabe der Konsolidierung der Strukturen und der Finanzen, aber auch der Aufgabenkritik wird deshalb
216 eine Herausforderung für den neuen Landesvorstand bleiben.